DER HAUPTSTADTBRIEF
AM SONNTAG
8. WOCHE
24. FEBRUAR 2019

Mit Freunden wie diesen …

Die Beziehungen zwischen der EU und den USA befinden sich in einer schweren Krise. Was tun? | Von Julianne Smith

Die Beziehung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten war schon immer kompliziert und voller Misshelligkeiten. Letztendlich handelt es sich ja um einen zwanglosen Zusammenschluss zwischen einem der mächtigsten Länder der Erde und einer Reihe von Institutionen, die sich nach besten Kräften bemühen, die oftmals grundverschiedenen Ansichten von 28 individuellen Mitgliedstaaten zu repräsentieren. Ob beim Handel, der gemeinsamen Terrorismusbekämpfung oder dem Iran: Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA erfordert ein schier unendliches Maß an Geduld, Diplomatie und bürokratischen Kopfständen. Dennoch, wie problematisch und angespannt das Verhältnis zwischen der EU und den USA derzeit auch ist, immerhin besteht ihre Beziehung noch und ist in vielerlei Hinsicht auch erfolgreich. Lange waren sich die führenden Politiker auf beiden Seiten der Vorteile bewusst, die eine Bündelung ihrer Kräfte brachte. Das heißt: bis jetzt. Aufgrund einer Mischung aus externen und internen Kräften, die die EU einem nie dagewesenen Druck aussetzen, kränkelt heute die Beziehung zwischen der EU und den USA, was beide Seiten des Atlantiks in ihrem Wettstreit mit Russland und China schwächt.

Erstmals in der Geschichte der EU-US-Beziehungen äußert der Präsident der Vereinigten Staaten regelmäßig und unverhohlen seine Geringschätzung für das europäische Projekt. Anders als seine republikanischen und demokratischen Vorgänger scheint Präsident Trump keinen Wert in der Beziehung Amerikas mit der EU zu sehen, noch weiß er offenbar die historischen Umstände zu würdigen, die zu ihrer Entstehung geführt haben. Er meint, die EU „wurde gebildet, um" die Vereinigten Staaten „auszunutzen". „Niemand behandelt uns viel schlechter als die Europäische Union", so eine Aussage von Trump im vergangenen November. Seiner Ansicht nach sei die EU eher Gegner als Verbündeter. Letzten Sommer bezeichnete er die EU als „Feind". Zudem behauptete er, Federica Mogherini,

SHUTTERSTOCK

Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, „hasst Amerika".

Im ersten Jahr von Trumps Regentschaft versuchten die Europäer, sich damit zu beruhigen, dass der Präsident mit seinen EU-feindlichen Ansichten alleine stehe und andere Mitglieder seines Kabinetts genügend Wert in der EU-US-Beziehung sehen würden, um Trump zu hindern, nennenswerten Schaden anzurichten. Führende Mitglieder der Trump-Regierung bestärkten sie darin, indem sie die Europäer bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder drängten, „auf die Politik zu schauen, nicht auf die Tweets". Die Politik der Regierung, so argumentierten die Kabinettsmitglieder, stehe in deutlichem Gegensatz zu den geringschätzigen Äußerungen des Präsidenten über Europa und zeige ein klares Bekenntnis zu den transatlantischen Beziehungen. Zur Untermauerung dieses Arguments zitieren die Mitglieder der Trump-Regierung gern die Entscheidung, die Unterstützung für das US-Verteidigungsprogramm European Deterrence Initiative (EDI) deutlich zu erhöhen.

Im Dezember vergangenen Jahres hielt der neue US-Außenminister Michael Pompeo in Brüssel eine befremdliche Rede zur „Wiederherstellung der Rolle des Nationalstaats in der liberalen Weltordnung". Vor einem dicht gedrängten europäischen Publikum zählte Pompeo die Schwächen verschiedener internationaler Institutionen auf und versuchte so zu begründen, dass die auf Regeln beruhende Ordnung nicht mehr funktioniere. Zum Schrecken vieler, die ihm vor Ort oder online zuhörten, schloss Pompeo auch die Europäische Union in diese Aufzählung ein. Entsprechend dem Titel seiner Rede drängte er die Europäer dann, „ihre Souveränität wieder zu behaupten", eine bemerkenswerte Aussage ausgerechnet in der Hauptstadt der Europäischen Union.

Leider für die EU sind die Haltung und die Politik der Trump-Regierung ihr gegenüber im Moment nur eines von vielen Problemen. Extern versucht der russische Präsident Wladimir Putin weiter mit einer Reihe asymmetrischer Taktiken wie Cyberattacken, Desinformation und Energiepolitik, den Zusammenhalt und die Entschlossenheit der EU zu unterminieren. Chinesischen Investoren gehören inzwischen zehn Prozent der europäischen Häfen – nur eine der Möglichkeiten, wie China sich Einfluss auf dem Kontinent kauft. EU-intern bleibt schleierhaft, ob, wie und wann es zu einem Brexit kommen wird, vermutlich sogar für die britische Premierministerin Theresa May selbst. Und populistische Parteien und Führungspolitiker wie Viktor Orbán haben es geschafft, kleine, aber kritische Risse in das gemeinsame Fundament Europas einzubringen.

CNAS.ORG

JULIANNE SMITH

war stellvertretende nationale Sicherheitsberaterin für US-Vizepräsident Joe Biden von 2012 bis 2013. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Foreign Policy*. Derzeit lebt sie als Weizsäcker-Stipendiatin der Bosch Academy in Berlin.

EU-Vertretern und -Experten ist klar, dass das ein entscheidender Moment für das europäische Projekt ist. In den großen europäischen Hauptstädten vergeht kaum eine Woche, in der nicht irgendwo ein Forum zur Zukunft Europas stattfindet.

> Stärken wir die Beziehungen zwischen den widerstandsfähigen Demokratien beiderseits des Atlantiks.

Europäische Thinktanks, EU-Institutionen und nationale Regierungen haben eine schwindelerregende Anzahl von Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise herausgegeben, auch wenn man sich beim Lesen ihrer Formulierungen mehr oder weniger im Kreis dreht. „Europa muss schrittweise reformiert werden." „Europa muss radikal reformiert werden." „Europa muss seine Konjunkturaussichten stärken." „Europa muss eine Reform der Eurozone durchführen." „Europa braucht strategische Autonomie." „Europa braucht eine eigene Armee."

Hier wäre noch eine: Europa braucht die USA – und umgekehrt. Nein, als Nichtmitglied können sie der EU nicht helfen, durch einen möglichen Brexit zu navigieren und seine Auswirkungen zu bewältigen, noch können sie viel gegen die populistischen Winde tun, die über den Kontinent wehen. Aber was die USA und die EU gemeinsam tun können, ist, angesichts der Rückkehr zur Großmachtpolitik ihre gemeinsame Position zu stärken.

Die Trump-Regierung hatte zu Recht den „strategischen Wettbewerb" in den Mittelpunkt ihrer nationalen Sicherheitsstrategien gerückt. Wo sie vom Kurs abkam, war bei der Annahme, dass Europa oder genauer die EU bei diesem Wettbewerb keine Rolle spielen würde. Stattdessen scheinen die USA zu dem Schluss gekommen zu sein, dass sie allein den Wettbewerb mit China und Russland aufnehmen können. Das ist ein schwerer Rechenfehler, der nur die Position Europas und Amerikas gegenüber beiden Ländern schwächt.

Russland und China sind sich sehr wohl dessen bewusst, dass ihnen Differenzen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in die Karten spielen. China weiß, dass es viel leichter ist, auf den Protest von einem oder zwei Ländern gegen seine kürzliche Verhaftung von zwei Kanadiern einzugehen, als auf eine koordinierte Reaktion des Westens zu antworten. Russland ist klar, dass Sanktionen des Westens gegen dieses Land verpuffen, wenn sich die beiden Seiten des Atlantiks uneinig sind. Und andere Länder wie Saudi-Arabien finden Gefallen daran, dass die Vereinigten Staaten und Europa nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Reaktion zu den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen des Königreichs zu verabschieden. Genau das ist der Grund, warum diese Länder so beharrlich daran arbeiten, die transatlantische Uneinigkeit weiter zu schüren. Lasst uns aufhören, ihnen diese Arbeit abzunehmen. Stärken wir die Beziehungen zwischen den widerstandsfähigen Demokratien beiderseits des Atlantiks.

Populär sein, nicht sich populär machen

Zu Ehren Helmut Schmidts: Über die Härten des Regierens, gestern und heute | Von Manfred Lahnstein

Gestern wurde mit einem großen Festakt an den einhundertsten Geburtstag von Helmut Schmidt in der Hamburger Elbphilharmonie erinnert. Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beschrieb ihn als Prototyp des idealen Politikers, „gebildet und lebenserfahren, ohne Scheu vor schwierigen Entscheidungen, pragmatisch und prinzipienfest, ohne Pomp und Pose, tatkräftig und hanseatisch nüchtern."

Damit wurde ein Reigen verdienter Ehrungen fortgesetzt. Mittlerweile gibt es den ehemaligen Bundeskanzler auf einer 2-Euro-Münze (leider ohne Zigarette), eine Sonderbriefmarke ist ihm gewidmet, der Hamburger Flughafen nach ihm benannt. Dutzende von Beiträgen in allen Medien haben sich seinem Leben und Wirken gewidmet. Was bliebe noch zu sagen?

Ich habe über ein Jahrzehnt hinweg mit und für Helmut Schmidt arbeiten dürfen. Und dann haben wir mehr als dreißig Jahre lang guten Kontakt gehalten. Nun ist es ein vorzügliches Buch von Thomas de Maizière über das Regieren gewesen, das mich dazu gebracht hat, mich noch einmal in der *Berliner Morgenpost* zu Wort zu melden. Ich möchte in aller Kürze der geneigten Leserin,

DPA

PROF. DR. MANFRED LAHNSTEIN

wurde 1980 von Helmut Schmidt zum Chef des Bundeskanzleramts berufen, diente anschließend bis zum Ende der sozialliberalen Koalition als Bundesminister der Finanzen.

dem geneigten Leser des *Haupstadtbriefes am Sonntag* die Härten des Regierens näherbringen, wie sie mein Chef und Mentor bis an die Grenzen des Erträglichen durchstehen musste.

Zu den Härten des Regierens gehört zunächst eine ungeheure Arbeitsleistung. Gut 90 Stunden in der Woche, darunter war es für den Bundeskanzler nicht zu machen. Hinzu kam die Notwendigkeit, im Ernstfall jederzeit erreichbar zu sein. Diese physische und nervliche Belastung geht auf die Knochen, auf die Gesundheit. Schmidt hat zeitweilig mit einer Herzmuskelentzündung weitergearbeitet, und sein Kollaps mit anschließendem Einsatz eines Herzschrittmachers ist noch in Erinnerung.

Männer (oder Frauen) in politischen Spitzenämtern müssen sich sodann durch unsichtbare Zäune von der Außenwelt abriegeln. Helmut Schmidt hatte absolut nichts dagegen, populär zu sein. Er hatte aber sehr viel dagegen, sich populär zu machen. Eine billige, pseudo-demokratische „Volkstümlichkeit" war seine Sache nicht. Er hat nur sehr wenige Menschen außerhalb seiner Familie wirklich nahe an sich herankommen lassen. Alles andere hätte ihn, wie auch andere Politiker von Format, überfordert. Der damit verbundene Zwang auch zur Einsamkeit gehört zu den Härten des Regierens. Heute ist das alles noch viel schwieriger als vor 40 Jahren. Talkshows im Fernsehen oder die virtuelle Realität der „sozialen" Medien, das hat es zu seiner Zeit noch nicht gegeben. Kann man sich Helmut Schmidt auf Twitter vorstellen? Wohl kaum.

Ein Bundeskanzler muss die Institutionen des Rechtsstaats und der parlamentarischen Demokratie peinlich genau beobachten. „Durchregieren" gibt es nie, einsame Entscheidungen sind nur in extremen Situationen gerechtfertigt. Helmut Schmidt hat während der Hamburger Flutkatastrophe und bei der Befreiung der Geiseln aus der „Landshut" in einer derartigen Situation gestanden.

Zu den Härten der Politik zählt aber auch, dass sich bislang alle Bundesregierungen auf Koalitionen stützen mussten, auch die von Helmut Schmidt geführte. Was gerne übersehen wird: Es ist der Wähler, der Koalitionen gewollt hat, nicht der Bundeskanzler. Und wenn dann selbst die eigenen Truppen nicht mehr stehen, wird zielgerichtetes Handeln unmöglich. Helmut Schmidt hat das am Ende seiner Kanzlerschaft bitter erfahren müssen.

Ich habe diesen kurzen Blick auf einen großen Staatsmann gewählt, um auf einfache Weise deutlich zu machen, wie ungemein schwierig es ist, in der Politik zu führen. Wir alle sollten das bedenken, bevor wir mit breitem Hintern und billiger Kritik über die herfallen, die sich dieser Aufgabe widmen. Das wäre dann auch eine Ehrung besonderer Art für den großen Staatsmann Helmut Schmidt.

IMAGO/SOMMER

Bundesdeutsches Dream Team: Helmut Schmidt und sein Kanzleramtschef Manfred Lahnstein.

DIE KOLUMNE AM SONNTAG

Tolle Tage

PRIVAT

GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Hier schreibt er über eine besondere Tradition der deutschen Politik. Zur Abwechslung eine amüsante.

Frohsinn dieser Tage am Rhein. Die Politik macht Pause – ein wenig sogar in Berlin. Zu verzeichnen war bloß die Planung einer „Entführung" in Westdeutschland. Insiderinformationen aus Düsseldorf zufolge sollte Oberbürgermeister Thomas Geisel nach Köln verschleppt werden. Die Sache flog auf – und wurde abgeblasen. Im Gürzenich aber, Kölns „guter Stube", wurde er doch gesichtet. Das nutzt beiden: Der Popularität Geisels, der sich im Herbst 2020 wieder um sein Amt bewirbt, und der Stadt Köln, sich als Hauptstadt des karnevalistischen Brauchtums zu präsentieren. Dabei gehen die beiden Städte mittlerweile ohnehin friedlich miteinander um. Auftritte der Kölner Kultband Brings zählen in der Landeshauptstadt zu Höhepunkten offizieller Festivitäten.

In Büttenreden geht es um Merkel, Trump, Putin und um Andrea Nahles. Die SPD-Vorsitzende mag den Karneval. Haben auch hier die Frauen – gendergerecht – das Regiment übernommen? Katrin Göring-Eckardt, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, kostümierte sich, als das noch angesagt war, dermaßen als „Martin Schulz", dass sie selbst von Wegbegleitern nicht erkannt wurde. Annegret Kramp-Karrenbauer tritt im heimischen Saarland als Putzfrau auf. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner bekam den Orden „Wider den tierischen Ernst". Abordnungen deutscher Karnevalsvereine waren zu Gast bei Angela Merkel, die ihnen bescheinigte, zwar nicht in der Verfassung zu stehen, aber „in guter Verfassung" zu sein. Der CSU-Chef Markus Söder ist der Quotenmann im Fasching.

Schlimme Zeiten sind in Erinnerung, in denen die Politik übel in das rheinische Brauchtum grätschte. Weiberfastnacht 2010 gab die Staatsanwaltschaft Hannover bekannt, Ermittlungen gegen Christian Wulff einzuleiten. Der Bundespräsident trat zurück. Karnevalssonntag wurde Joachim Gauck als Nachfolger präsentiert. Ein Jahr später, ebenfalls zu Weiberfastnacht, wurde Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) – seiner plagiierten Doktorarbeit wegen – durch Thomas de Maizière (CDU) ersetzt. Aus nämlichen Gründen trat – ebenfalls zur fünften Jahreszeit – auch Bildungsministerin Annette Schavan zurück. Dass die Karnevalisten ihre Nase im Wind haben, zeigte sich voriges Jahr. Noch bevor Horst Seehofer in Berlin „Heimatminister" wurde, gab das Kölner Festkomitee sein Sessionsmotto für 2019 bekannt: „Uns Sproch is Heimat." Verstanden?

IMPRESSUM DER HAUPTSTADTBRIEF am Sonntag erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Kolumne: Günter Bannas | Art Director: Paul Maria Kern | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Uhlandstraße 175 | 10719 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © DER HAUPTSTADTBRIEF 2019